



Pressemitteilung vom 07.04.2011

FREIE WÄHLER wünschen mehr Hilfe für Kommunen

Florian Streibl MdL – Freistaat und Kommunen sollen gemeinsam gegen Feuerwehrfahrzeuge-Kartell vorgehen

Oberammergau / München (lu). Florian Streibl, MdL und parlamentarischer Geschäftsführer der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag, wünscht ein gemeinsames Vorgehen des Freistaats mit den Kommunen und sieht die Bayerische Staatsregierung in der Pflicht, hier im Sinne eines gemeinsamen Handelns der öffentlichen Hand mehr Engagement zu zeigen. Bislang lehnt die Staatsregierung dies ab.

Bayerns neuer Staatskanzleichef Dr. Marcel Huber hatte Florian Streibl gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass „die Kommunen den Schadensersatz allerdings in jedem Einzelfall auf dem Zivilrechtsweg geltend machen müssten“. Jede Kommune müsse eigenverantwortlich entscheiden, ob sie den Klageweg beschreiten möchte.

Florian Streibl dazu: „Die Kommunen, auch die hier im Oberland betroffenen, sollen zu ihrem Recht und damit wieder zu ihrem Geld kommen, dass ihnen von einzelnen Feuerwehrfahrzeug-Herstellern aus der Tasche gezogen wurde. Nachdem der Freistaat als Betreiber von landeseigenen Feuerweherschulen selbst Feuerwehrfahrzeuge beschafft und offenbar auch vom Kartell betroffen ist, wäre es nur sinnvoll und ratsam, wenn sich die Staatsregierung dazu entschließen könnte, gemeinsam mit den betroffenen Kommunen den entstandenen Schaden vor Gericht geltend zu machen. Hier erhoffe ich mir eine Solidarität zwischen den verschiedenen politischen Ebenen im Freistaat, um gemeinsam die absolut berechtigten Forderungen der Gemeinden und des Staates vor Gericht durchzusetzen.“

Pressekontakt:

Abgeordnetenbüro Florian Streibl MdL - Ludwig Utschneider M.A. – Referent
Othmar-Weis-Straße 5 – 82487 Oberammergau

Email: referent@florian-streibl.de

Telefon: 08822 / 935282; Fax: 08822/935287 www.florian-streibl.de